

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Carsten Hübner und der Fraktion der PDS

– Drucksache 14/8913 –

Deutsch-russische Regierungskonsultationen in Weimar

Vorbemerkung der Fragesteller

Vom 8. bis 10. April 2002 trafen sich Bundeskanzler Gerhard Schröder und der russische Präsident Wladimir Putin zu deutsch-russischen Regierungskonsultationen in Weimar. Kurz vorher hatte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der PDS Informationen über systematische Menschenrechtsverletzungen durch das russische Militär an der Zivilbevölkerung in Tschetschenien als grundsätzlich glaubwürdig bezeichnet (Bundestagsdrucksache 14/8745). In einem Interview am 9. April 2002 hatte Staatspräsident Wladimir Putin zum Thema Tschetschenien gesagt: „Ich teile die Haltung nicht, dass die Bekämpfung des Terrorismus unmöglich ist, ohne dass Menschenrechte verletzt werden“ (netzeitung, 10. April 2002). Der Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker, Tilman Zülch, hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder aufgefordert, die Verbrechen an der tschetschenischen Zivilbevölkerung im Gespräch mit Staatspräsident Wladimir Putin klar zu benennen (netzeitung, 10. April 2002).

Gleichzeitig nahmen 150 Politiker, Unternehmer, Kulturexperten, Wissenschaftler und Medienleute an einem zweiten „Petersburger Dialog“ teil, der von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Staatspräsident Wladimir Putin als „Dialog der Zivilgesellschaften“ initiiert worden war. Peter Boenisch, einer der Mitorganisatoren des Dialogs, fasste das Selbstverständnis folgendermaßen zusammen: „Wir verstehen uns als grenzüberschreitende Bürgerinitiative“ (Süddeutsche Zeitung, 11. April 2002).

In einem offenen Brief vom 8. April 2002 haben sich die drei Bürgerrechtler Ekkehard Maaß, Jochen Töpfer und Tobias Münchmeyer an Bundeskanzler Gerhard Schröder und Staatspräsident Wladimir Putin gewandt, da sie seit Juni 2001 (Ekkehard Maaß) bzw. Juni 2000 (Jochen Töpfer) bzw. Dezember 1999 (Tobias Münchmeyer) keine Einreisegenehmigung für Russland erhalten. Ekkehard Maaß ist Vorsitzender der Deutsch-Kaukasischen Gesellschaft und setzt sich besonders für Georgien und Tschetschenien ein. Jochen Töpfer vom Ost-West-Institut, hat in zahlreichen Projekten die Entwicklung nicht-staatlicher Organisationen in den Gebieten Perm und Nowosibirsk unterstützt,

und Tobias Münchmeyer kämpft für Greenpeace gegen die Einfuhr von Atom-
müll nach Russland. In ihrem Brief haben sie mit folgenden Worten Bundes-
kanzler Gerhard Schröder und Staatspräsident Wladimir Putin gebeten, sich
persönlich für eine Einreisegenehmigung einzusetzen: „Wir tragen auf unse-
rem jeweiligen Gebiet mit unserer Arbeit seit Jahren wesentlich zum deutsch-
russischen Dialog der Bürgergesellschaften bei“ (Brief, Weimar, netzeitung,
8. April 2002).

1. Hat die Bundesregierung anlässlich der deutsch-russischen Konsultationen
in Weimar konkrete Schritte unternommen, von Staatspräsident Wladimir
Putin eine Beendigung und eine Untersuchung der zahlreichen Menschen-
rechtsverletzungen durch russische Soldaten sowie eine strafrechtliche
Ahndung der Täter zu fordern?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

Die Situation in Tschetschenien war und ist wichtiges Thema bei bilateralen
und multilateralen Kontakten der Bundesregierung mit der russischen Regie-
rung. Auch bei den deutsch-russischen Regierungskonsultationen am 9. und 10.
April 2002 hat die Bundesregierung ihren bekannten Standpunkt erneut bekräf-
tigt. Die Bundesregierung hat sich nachdrücklich für ein Ende der militärischen
Gewalt und politische Lösungen in Tschetschenien eingesetzt. Die russische
Seite wurde erneut mit Nachdruck aufgefordert, die Menschenrechtsverletzun-
gen zu beenden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Zeitgleich hat die Bundesregierung aktiv eine von der EU eingebrachte kriti-
sche Tschetschenienresolution bei der 58. Menschenrechtskommission der Verei-
nten Nationen in Genf unterstützt. Diese hat allerdings die erforderliche
Mehrheit in diesem Jahr bei der Abstimmung am 19. April 2002 knapp ver-
fehlt.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die oben genannte Aussage von Staats-
präsident Wladimir Putin angesichts der massiven Menschenrechtsver-
letzungen durch russische Soldaten an der Zivilbevölkerung in Tschetsche-
nien?

Der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, hat nach den Terroran-
schlägen des 11. September 2001 in seiner Rede in der Haushaltsdebatte des
Deutschen Bundestags am 26. September 2001 für die Bundesregierung erklärt
und danach wiederholt, dass der legitime Kampf gegen den Terrorismus in
Tschetschenien die Menschenrechtsverletzungen, über die von dort berichtet
werde, keinesfalls rechtfertigen könne. Er hat in seiner Rede vor der 58. Men-
schenrechtskommission der Vereinten Nationen am 20. März 2002 in Genf er-
neut für die Bundesregierung klargestellt, dass es beim Menschenrechtsschutz
einen „Anti-Terror-Rabatt“ für niemanden geben könne, und hat die Menschen-
rechtslage in Tschetschenien offen kritisiert.

Die Bundesregierung ist nach wie vor der Auffassung, dass die russische Re-
gierung aufgefordert bleibt, alles zu tun, um die weiterhin kritische Menschen-
rechtslage in Tschetschenien nachhaltig zu verbessern. Dazu gehört u. a. auch
die umfassende Aufklärung der Taten, über die berichtet wird, und ihre konse-
quente und lückenlose Ahndung.

3. Hat die Bundesregierung angesichts des Anliegens von Bundeskanzler Gerhard Schröder, den „Dialog der Zivilgesellschaften“ zwischen Russland und Deutschland zu fördern, konkrete Schritte unternommen, bei Staatspräsident Wladimir Putin auf die Genehmigung von Einreisevisa für die oben genannten Personen hinzuwirken?

Wenn ja, welche?

Wenn nicht, warum nicht?

Das Auswärtige Amt hatte sich bereits seit erstmaliger Verweigerung der Visa für die oben genannten Personen mehrfach gegenüber dem russischen Außenministerium eingesetzt und setzt dies fort. Die Bundesregierung bemüht sich darüber hinaus in Zusammenarbeit mit den Organisatoren des Petersburger Dialogs, eine Überprüfung der russischen Behörden in der Angelegenheit zu bewirken. Allerdings kann die Bundesregierung ihre Einreise nicht erzwingen.

Die zunehmende Öffnung der Gesellschaften füreinander ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Europa zusammenwächst. Der russischen Regierung ist bekannt, dass Einschränkungen des Austauschs zwischen Deutschland und Russland dem nicht entsprechen.

